



(v.l.n.r.): Felix Thier, Annekathrin Loy, 1. Beigeordnete Kirsten Gurske, Mandy Werner, Dr. Irene Pacholik, Roland Scharp, Dirk Hohlfeld, Hartmut Rex, Landrätin Kornelia Wehlan, Hans-Jürgen Akuloff, Jörg-Martin Bächmann, Peter Dunkel und Maritta Böttcher (Heike Kühne fehlt auf dem Foto.)

## VERWALTUNGSSTRUKTURREFORM

Liebe Genossinnen und Genossen, das Brandenburger Kabinett hat sich 11. April 2017 mit den Stellungnahmen der Landkreise zu den Gesetzentwürfen zur Verwaltungsstrukturreform befasst. Viele der darin vorgetragenen Argumente und die breite Diskussion in der Öffentlichkeit haben dazu beigetragen, dass sich die Landesregierung zu Änderungen verständigt hat. Ich bin sicher, dass der auch für uns nicht immer einfache Diskussionsprozess am Ende dazu beigetragen hat, das Reformprojekt kommunalfreundlicher zu machen. Und deshalb danke ich allen, die sich bisher in diese Debatte produktiv eingebracht haben. Das Kabinett hat weitreichenden Änderungen am bisherigen Referentenentwurf diskutiert und wird diese jetzt ins Kabinettsverfahren einbringen. Über die wichtigsten will ich euch hiermit kurz informieren:

### 1. Änderungen an der Landkarte

Den Lausitzkreis mit der Fusion von drei Landkreisen mit der kreisfreien Stadt Cottbus wird es nicht geben. Statt einer Vierer-Fusion wird nun nur noch eine Fusion von Spree-Neiße mit Cottbus und von Oberspreewald-Lausitz mit Elbe-Elster vorgeschlagen. Die Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald sollen zudem eigenständig erhalten bleiben,

weil wir durch die gestiegene Wirtschaftskraft und Bevölkerungsentwicklung die Chance sehen, dass beide Verwaltungen auch 2030 dauerhaft finanziert werden können.

### 2. Änderungen der Finanzierung

Bislang war vorgesehen, dass die Teilentschuldung auch zur Hälfte, durch die kommunale Familie mitfinanziert werden sollte. Das werden wir ändern. Die Kommunen sollen nun keinen eigenen Anteil mehr erbringen müssen. Die Teilentschuldung soll vollständig aus Landesmitteln erfolgen und wird die noch kreisfreien Städte Cottbus, Brandenburg an der Havel und Frankfurt (Oder) betreffen. Auch diejenigen Landkreise, die mit einem anderen Landkreis fusionieren sollen, aber Kassenkredite aufweisen, sollen mit Landesmitteln entschuldet werden. Über einen Standardanpassungszuschuss von insgesamt fast 100 Millionen Euro sollen die Kreise, die kreisfreie Städte aufnehmen, unterstützt werden. Damit soll verhindert werden, dass die anderen kreisangehörigen Städte mit einer eventuellen Erhöhung der Kreisumlage draufzahlen. Zusätzlich wird das Land jedem Landkreis, der von der Reform betroffen sein wird, fünf Millionen Euro für jene Kosten erstatten, die durch eine Fusion mit dem Nachbarkreis entstehen. Insgesamt

also noch mal zehn Millionen Euro pro neuen Kreis.

Außerdem wird das Land für 2019/2020 einen neuen Investitionsfonds mit 50 Millionen Euro für alle Landkreise auflegen. Davon sollen 20 Millionen Euro speziell für die Landkreise reserviert werden, die keine direkte Berlin-Anbindung haben werden. Somit wollen wir einerseits allen neuen Kreistagen zusätzliche Investitionsmöglichkeiten geben und andererseits Landkreisen die keine Sektoralanbindung an Berlin haben zusätzliche Mittel geben.

### 3. Änderungen bei der Funktionalreform

Die Kommunalisierung des Landesamtes für Soziales und Versorgung ist vom Tisch. Dagegen hatten Sozialpolitiker und der Landkreistag überzeugende Argumente vorgetragen. Das Amt wird daher in Gänze in der Verantwortung des Landes verbleiben. Auch dem Vorschlag der Landkreise zur Beibehaltung der Landeszuständigkeit für die Apotheken, Arzneimittel und Medizinprodukteüberwachung soll in diesem Zusammenhang gefolgt werden. Neu in den Katalog der Funktionalreform könnte jedoch die Fördermittelvergabe für EU-Mittel zur Ländlichen Entwicklung (ELER) aufgenommen werden. Dies soll nun

durch die zuständigen Ministerien geprüft werden. Damit könnte ein wesentlicher Aufgabenzuwachs auf der kreiskommunalen Ebene verbunden sein. Kommunale Entscheidungsträger würden in ihrer Kompetenz gestärkt. Einigkeit gibt es bei der Frage der Finanzierung von Aufgaben, die künftig an die Kommunen übertragen werden sollen. So wie vom Landkreistag und vom Städte- und Gemeindebund gefordert, sollen die Kosten dafür vom Land pauschal erstattet werden. Damit vermeiden wir einen hohen Abrechnungsaufwand und erleichtern den Kommunen die Arbeit.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin sicher, mit diesen Entscheidungen hat die Landesregierung vielen Anregungen und Hinweisen aus dem Land und der Partei entsprochen. Im weiteren Verfahren wird es nun an uns sein, auch die Beschlüsse des vergangenen Landesparteitages zum Demokratiepaket in der Koalition durchzusetzen. Dafür setze ich auf die Unterstützung aus der Landtagsfraktion und der Partei. Wenn wir auch dabei an einem Strang ziehen, können wir eine ganze Menge erreichen. Ich würde mich freuen, wenn Ihr das ähnlich seht und wir diesen Erfolg auch gemeinsam in der Öffentlichkeit vertreten könnten.

Mit freundlichen Grüßen  
**Christian Görke**



## NICHTS GEHT MEHR?

# SPERENBERG UND DIE ENERGIEWENDE

Das umstrittene Multi-Energie-Kraftwerk Sperenberg (MEKS) auf den Liegenschaftsflächen der ehemaligen Garnison hat eine weitere Entwicklungsphase erreicht. Bislang mussten der Kreistag, unsere Fraktion und besonders die Kommunen viel Geduld aufbringen. Nach über vier Jahren Debatte und Vorschlägen der kommunalen Arbeitsgemeinschaft signalisiert das Landesministerium für Wirtschaft und Energie Bewegung. Im Wirtschaftsausschuss des Kreistages hat der überraschend eingeladene Staatssekretär zum Sachstand

klare Worte gefunden. Herr Fischer schätzte ein, dass deutliche Zweifel am inzwischen eingereichten Konzept des Industriekonsortiums bestehen. Diese betreffen besonders die relativ hohe Anzahl von Windkraftanlagen, die nicht schlüssige Darstellung der Speichertechnologie mit der Einbindung der Gasturbinen in Thyrow sowie in der nicht plausiblen Wirtschaftlichkeitsberechnung des Gesamtprojektes. Ein Manko sind auch Voraussetzungen für eine sensible und abgestimmte Planung. Fakt ist, der komplexe Charakter des möglichen Leitprojektes für

die Energiewende ist im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgeschrieben. Deshalb auch kein beliebiges Projekt für innovative Speichertechnologien.

Der Lösungsweg zur Ausräumung der Zweifel soll jetzt eine Machbarkeitsstudie mit klarer Leistungsbeschreibung sein. Wenn die Beauftragung zügig erfolgt, soll spätestens zum Jahresende ein entscheidungsreifes Ergebnis vorliegen. Herr Staatssekretär Fischer äußerte seine Überzeugung zur Zukunft des Projektes. Was besonders für die Flächennutzung zu wünschen ist.

Denn alternative Vorstellungen zur Liegenschaft hat die Landesplanung nicht, wie Herr Fischer auf Nachfrage unserer Fraktion informierte. Dieses Thema bleibt also noch offen mit allen Folgeentwicklungen für kommunale Nutzungsmöglichkeiten, für Natur- und Denkmalschutz sowie für die Vereinstätigkeit.

Aktuell ist im Wortsinn die blühende Natur die treibende Kraft der sichtbaren Flächenumwandlung. Und sie hat einen beachtlichen Vorsprung vor den schwierigen Verwaltungsentscheidungen in Potsdam.

**Jürgen Akuloff**, Luckenwalde

## TELTOW-FLÄMING DANKT

# VERLEIHUNG EHRENBEZEICHNUNG

Der langjährige Kreisbrandmeister Gerd Heine hat sich in den wohlverdienten (Un-)Ruhestand verabschiedet. Als Dank und in Anerkennung für sein jahrelanges, engagiertes Wirken und »Brennen« für die Feuerwehr in Teltow-Fläming hat ihm der Kreistag nunmehr auf Vorschlag der Landrätin den Titel »Ehrenkreisbrandmeister des Landkreises Teltow-Fläming« verliehen. An dieser Stelle gratulieren wir als Linksfraktion herzlich

und wünschen neben Freude auch viel Gesundheit für die kommenden Jahre. Übrigens: Beschäftigung im Ruhestand hat Gerd Heine genug. Er ist u. a. für DIE LINKE Mitglied der Gemeindevertretung Nuthe-Urstromtal.

Der Kreistag billigte die Verleihung der Ehrenbezeichnung einstimmig. **Felix Thier**, stellv. Fraktionsvorsitzender

*Jürgen Akuloff gratuliert im Namen unserer Fraktion ▶*



## KUNST IM KÜNSTLERHAUS

# AUSSCHUSS VOR ORT

*Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport tagte am 30. März im Künstlerhaus Schloss Wiepersdorf.*

Auf Anregung von unserem Ausschussmitglied Felix Thier tagt der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport (BKS) nunmehr mindestens einmal im Jahr außerhalb des Kreishauses. Erster Anlaufpunkt dank dieser Neuerung war am 30. März

das Künstlerhaus Schloss Wiepersdorf in der Gemeinde Niederer Fläming. Nach einer guten Stunde fachkundiger Führung durch die Liegenschaften durch die Direktorin, Frau Frechen, befasste sich der BKS mit mehreren Themen.

Bei der Frauentagsgratulationsaktion der LINKEN am 8. März wurde das Oberstufenzentrum (OSZ) in Luckenwalde besucht. Im Gespräch mit den Lehrerinnen erfuhren wir, dass man sich ein paar weitere Räume zur Unterrichtsvorbereitung wünscht. Dies war Anlass für unsere Fraktion, in der Sitzung des BKS dazu bei der Verwaltung nachzufragen. Eine Prüfung und Klärung wurde von deren Seite daraufhin zugesichert.

Weiterhin stellte sich mit Dr. Weißbach der neue kreisliche Bildungskordinator für Neuzugewanderte vor und skizzierte erste Arbeitsschwerpunkte. Von mir befragt, ob er denn in der Verwaltung konstruktiv angenommen wird, kam seinerseits ein deutliches Ja, verbunden mit Lob für die Kolleginnen und Kollegen.

Auch der Zwischenstand der Schulentwicklungsplanung 2017-2022 für den Landkreis war ein Tagesordnungspunkt. Abschließend wird

sich der BKS damit auf seiner Sitzung im Juni befassen.

Mit der Änderung der Entgeltordnung für das Schullandheim in Dobbrikow ist der Landkreis leider gezwungen, seit 2013 eine erneute, jedoch moderate Erhöhung von 2,50 Euro pro Person und Tag vorzunehmen. Im Entgelt für das Schullandheim enthalten sind eine Vollverpflegung mit vier Mahlzeiten und die Unterbringung. Im Jahr 2016 betrug die Kostendeckungsquote mit der alten Gebühr 34,71 Prozent. Der BKS empfahl einstimmig die Gebührenanpassung.

Auch mit den Gebühren für das Bewohnen des kreislichen OSZ-Wohnheimes für Schülerinnen und Schüler befassten sich die Ausschussmitglieder. Diese regelmäßige Überprüfung ist gesetzlich vorgeschrieben. Hier votierte der BKS einstimmig für die Beibehaltung der bisherigen Gebühren.

**Felix Thier**, stellv. Ausschussvorsitzender

**KEINE ABKOPPLUNG!**

## BUSLINIEN IM NAHVERKEHR

Mehrfach hat sich der Kreistag in seinen Ausschüssen mit den Anforderungen bedarfsgerechter Personenbeförderung in allen Teilräumen des Kreises beschäftigt. Die Bedienung mit 21 Buslinien für etwa 4,2 Millionen Fahrgäste auf 4,8 Millionen Fahrplankilometern in Gebieten mit unterschiedlicher Einwohnerdichte von 495 Personen im Kreisnorden bis unter 90 Personen je Quadratkilometer im südlichen Kreisgebiet ist eine ständige Optimierungsaufgabe im Spannungsfeld von Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit in der kreislichen Gesellschaft VTF. Bekanntlich hängt die Fahrgastzufriedenheit wesentlich von der Beförderungsqualität, den Anschlussverbindungen und den Gesamtfahrzeiten ab.

In Fortschreibung von Beschlüssen des Kreistages deshalb diese Informationen. Die weniger gute Nachricht zuerst. Die Bemühungen von Verwaltung und Kreistag zur Aufrechterhaltung der Buslinie 618 blieben ohne positives Ergebnis. Die Einstellung des Busverkehrs bleibt für das Infrastrukturministerium zum Fahrplanwechsel im Dezember auf der Tagesordnung. Das Land sieht keine Notwendigkeit zur Fortsetzung der bislang landesbedeutsamen Verkehrsverbindung und stellt auch keinen finanziellen

Ausgleich für den Wegfall der Linie in Aussicht.

Die im Beschlussbündel ÖVNV geforderte Verbindung von Ludwigfelde nach Potsdam Hbf. wird als PLUS-BUS eingerichtet und verkehrt als Schnellbuslinie zwischen den Städten. Anfangs ab Mai an den Wochenenden und ab Einstellung der 618 täglich. Die Umsteigerelationen Bus/Bahn werden nicht immer günstig sein können, da die Priorität der Fernverbindungen bei der Fahrplangestaltung besteht. Vorrangig sind Fahrzeitgewinne auf der Strecke Berlin-München. Davon betroffen ist auch der RE 3. Zum Thema Verkehrsanbindung der Flughäfen Schönefeld (BER und SXF) werden aktuell Fahrgastprognosen und allgemeine Fahrgastberechnungen vorgenommen. Diese werden Grundlage für Konzepte des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg. Die Rahmenuntersuchungen betreffen die Korridore Teltow und Großbeeren. In der Folge ist der Nahverkehrsplan des Kreises zu evaluieren.

Neue Anforderungen werden sich aus dem Komplex Mitfinanzierung für die Unternehmen sowie möglicherweise für die Gemeinden ergeben. Hier spielt besonders die Entwicklung der Güterverkehrszentren mit wachsenden Arbeitskräftebedarf eine Rolle.



Aufmerksamkeit wird die Modernisierung des Fahrzeugbestandes erfordern. Das betrifft die Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten und die bauliche Gestaltung der Haltepunkte, um den behindertengerechten Zugang zu den Verkehrsmitteln zu ermöglichen. Die gegenwärtige Diskussion zu den Finanzierungszuständigkeiten

für den Kauf der notwendigen Unterflur-Straßenbahnen zur Indienststellung bis 2025 wird nicht ohne Auswirkungen auf andere Verkehrsmittel bleiben. Für die Politik bleibt die Mobilitätssicherung wesentliche Arbeitsaufgabe.

**Jürgen Akuloff**, Luckenwalde

**FÜR NUTHE-URSTROMTAL**

## DARUM STELLE ICH MICH NOCHMALS ZUR WAHL!

In den letzten acht Jahren hat sich in Nuthe-Urstromtal viel getan und doch gibt es noch anstehende Probleme, wo es heißt, diese einer Lösung zuzuführen. Jedoch ist das Besondere daran, dass die in der Gemeinde anstehenden Aufgaben nur gemeinsam mit dem Landkreis und der Stadt Luckenwalde gelöst werden können.

Da steht als erstes der Erhalt der LUBA. Sie beschäftigt in erster Linie Menschen mit Handicap oder benachteiligte Menschen. Aus meiner Sicht ist die LUBA für diese Menschen unverzichtbar. Alle drei Gesellschaften sollten daran festhalten, denn gerade für die benachteiligten Menschen ist die Beschäftigung in dieser Gesellschaft von Bedeutung. Wie sicher bekannt,

gibt es drei wichtige Geschäftsfelder: Für uns sind die Sicherung der Schülerversorgung und die Grünflächenpflege der Hauptpunkt. Sicher, man kann diese Leistungen auch ausschreiben. Aber wo bleibt dann unsere soziale Verantwortung? Die Gemeindevertretung hat sich auf ihrer letzten Sitzung für den Erhalt ausgesprochen und brachte auch die Kritik an, dass sich der Landkreis schon vor Jahren durch einen Kreistagsbeschluss verabschiedet hat. Bis zum heutigen Tag ist der Landkreis noch Mitgesellschafter. Als Bürgermeisterin befürworte ich auch, dass der bestehende Beschluss noch einmal überdacht werden sollte und nicht die Stadt und die Gemeinde allein gelassen werden.

Da gibt es noch einen Wunsch, ein Ziel: den Radweg entlang der Landesstraße L 73. Seit mehr als 20 Jahren bemühen sich die Gemeinde und die Stadt Luckenwalde mit Unterstützung des Landkreises, die finanziellen Mittel für die Planung und den Bau vom Baulastträger Land zu erhalten. Eine Bürgerinitiative, die von allen Unterstützung erfährt, hat viele Unterschriften gesammelt in der Hoffnung, dass sich das Land bewegt. Die Aussage, dass gegenwärtig die Überprüfung der Einstufung der einzelnen Radwege an Landesstraßen erfolgt, lässt mich wenig hoffen, dass kurzfristig ein Planungsauftrag erteilt wird. Seitens der Gemeinde werden gegenwärtig die bereits vorhandenen

Bauerlaubnisverträge aus dem Jahr 2009 auf Aktualität überprüft bzw. die Eigentümer ermittelt, von denen ein Teil ihres Grundstückes für den Bereich Hennickendorf – Luckenwalde benötigt wird. Hier arbeitet die Gemeinde eng mit der Stadt zusammen. Wir werden sehen, wie die Prioritätenliste aussieht, die zum Sommer vorgelegt werden soll.

Mein Motto ist nach wie vor: »Die Hoffnung stirbt zuletzt« und deshalb rufe ich alle, die gern radeln, auf:

Unterstützt den Kampf für den Bau des Radweges entlang der L 73.

**Monika Nestler**,  
Bürgermeisterin  
Nuthe-Urstromtal





**DIE LINKE HILFT**

## NEUES ZUR MUSEUMSHERBERGE GLASHÜTTE

Wie bereits berichtet, hat die Fraktion begonnen die Situation sozialer und kultureller Einrichtungen im Kreis näher zu betrachten. Dabei hatte der Besuch der Museumsherberge in Glashütte einige Fragen mit notwendigen Klärungsbedarf aufgeworfen.

In einem am Tisch der 1. Beigeordneten Kirsten Gurske geführten Gespräch mit den Verantwortlichen der Beherbergungsstätte verständigten sich beide Seiten zu schrittweisen Lösungsansätzen. Dabei ging es u. a. um die bessere Einbeziehung und Teilnahme der

Herberge am sozialen Veranstaltungsgeschehen im Kreis. Ebenso wird die Verwaltung, die aus Sicht der Geschäftsführung vorgetragene Probleme zum Anlass nehmen, die weiteren Nutzungsmöglichkeiten des Grundstückes »Alte Schule« durch den Förderverein

zu prüfen. Die Notwendigkeit für das klärende Gespräch entstand in den Jahren der Nutzungsverhältnisse seit 2003.

Die Kreistagsfraktion wird die Entwicklung dieser Einrichtung weiter begleiten.

**Jürgen Akuloff**, Luckenwalde

**15. MÄRZ 2017**

## SPATENSTICH ZUM AUSBAU DER LANDESSTRASSE 972

Am 15. 3. wurde der erste Spatenstich zum grundhaften Ausbau der Landesstrasse 972 in Mahlow vom Landesbetrieb für Straßenwesen gesetzt. Finanziert wird das Vorhaben aus dem Kommunalen Investitionsprogramm des Landes, was die Koalitionsfraktionen SPD und

LINKE mit dem Doppelhaushalt 17/18 beschlossen hatten. Mit der Sanierung der Straße werden die Verkehrssicherheit und der Verkehrsfluss wesentlich verbessert werden.

**Anita Tack**, Mitglied des Landtages



Anita Tack (4.v.l.) beim Vor-Ort-Termin; Foto: privat

## 4. FrühLINKSempfang



Die Fraktion und der Kreisvorstand DIE LINKE. Teltow-Fläming hatten zum vierten FrühLINKSempfang eingeladen, erstmalig verbunden mit einem Neumitgliedertreffen. Gekommen sind neben unseren Neuen gut 40 weitere Gäste, unter ihnen auch unsere Landrätin, Kornelia Wehlan, und die 1. Beigeordnete, Kirsten Gurske, die Landtagsabgeordneten Helmut Barthel (SPD), Danny Eichelbaum (CDU) und von unserer Partei Diana Bader sowie Anita Tack. Die Landrätin hat

sich vor allem zu demokratischen Spielregeln im Kreistag geäußert. Sie machte deutlich, dass das gemeinsame Suchen von Lösungen aller demokratischen Fraktionen zwar anstrengender ist als Streit zwischen klassischer Opposition und Koalition, am Ende aber meist erfolgreicher.

In gemütlicher Atmosphäre wurden gute politische Gespräche geführt. Wiederholung garantiert.

**Maritta Böttcher**, Jüterbog

### Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Jürgen Akuloff · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 11.4.2017  
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling · April 2017  
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.